

Einheit um jeden Preis?

Warum eine Volksabstimmung für die Ukraine die beste Lösung wäre

Faktisch hat Russland die Krim zum zweiten Mal annektiert. Moskaus Vorgehen ist aggressiv, der Verstoß gegen Artikel 2 der UN-Charta ist offensichtlich. Darf man Kreml-Chef Wladimir Putin dies durchgehen lassen? Da niemand einen Krieg will und Sanktionen gegen Russland weitgehend sinnlos sind, muss man das wohl. Immerhin gibt es eine Lösung, bei der alle ihr Gesicht wahren.

Die Physikerin, die angeblich immer alles „vom Ende her denkt“, sucht die Balance: Einerseits nennt Angela Merkel das Vorgehen der Russen auf der Krim eine „unakzeptable Intervention“, andererseits bietet sie dem Urheber dieser Intervention an, mit einer „Fact Finding Mission“ zu überprüfen, ob das alles tatsächlich so unakzeptabel ist. Wladimir Putin scheint das akzeptabel zu finden.

Einige Fakten muss man nicht erst suchen. Die Tatsache etwa, dass die Krim erst seit 60 Jahren zur Ukraine gehört – nicht durch einen völkerrechtlich einwandfreien Akt, sondern als „Geschenk“ des damaligen sowjetischen Staats- und Parteichefs Nikita Chruschtschow, der in der Ukraine aufgewachsen war. 171 Jahre zuvor hatte bereits Katharina die Große die Halbinsel „auf ewig“ für Russland annektiert.

Die russische Bevölkerung stellt bis heute die Mehrheit auf der Halbinsel. Mehrheitlich hat sie auch den moskauhörigen, jüngst verjagten Präsidenten Viktor Janukowitsch unterstützt. Das russische Militär wiederum ist nicht einmarschiert, es war längst da: auf Basis eines Pachtvertrages, der mindestens bis 2017 läuft – vielleicht aber auch bis 2047, wenn man die Verlängerung durch Janukowitsch noch für rechtens hält. Natürlich gibt das Moskaus Truppen nicht das

Recht, ukrainische Kasernen zu belagern oder Flughäfen zu übernehmen. Wenn Moskaus Außenminister Sergej Lawrow dies damit rechtfertigt, dass es um die „Verteidigung unserer Landsleute, die Sicherung ihrer Menschenrechte“ gehe, ist das schlicht „an den Haaren herbeigezogen“ – da hat Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn völlig recht. Denn es hat ja nun wirklich keine Pogrome an Russen auf der Krim gegeben. Aber Asselborn ist eben nur Luxemburgs Außenminister, und der Rest der EU deckt einen Großteil seines Energiebedarfs aus russischen Quellen.

Da man dem Putin-Reich also militärisch nicht Paroli bieten will und wirtschaftlich kaum Druck ausüben kann, muss man die feineren Waffen der Diplomatie einsetzen. Das funktioniert wie Judo: Man weicht etwas zurück – aber nur, um den Gegner aus der Balance zu bringen. Und Sergej Aksonow, Moskaus Statthalter auf der Krim, tut uns den Gefallen: Da er unter ähnlich turbulenten Umständen an die Macht gekommen ist wie die neue Regierung in Kiew, reklamiert er: Was für die Hauptstadt gilt, muss auch für die Autonome Republik Krim gelten. Darauf können sich die EU und die USA einlassen, denn es bedeutet im Umkehrschluss, dass Moskau die neuen Verhältnisse in Kiew akzeptieren muss. Janukowitsch ist endgültig Vergangenheit – selbst Putin wird ihn fallen lassen, wenn er dafür die Krim ohne einen Schuss und ohne längeren Ärger mit „dem Westen“ zurück nach Russland holen kann.

Zudem sollte man dem Kreml ein Referendum auf der Krim – selbstverständlich unter internationaler Aufsicht – anbieten. Zwei Drittel werden sich Putin in die Arme werfen – na und? Braucht Kiew die Krim? Nein, aber es braucht Russlands

Erdöl, Russlands Gas und bislang auch noch Russlands Kredite. Angesichts dessen ist das Mantra von der „territorialen Integrität und Einheit der Ukraine“, die „in vollem Umfang respektiert werden müssten“, wenig hilfreich. Die EU sollte sich diesen Worten von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon nicht anschließen. Denn das Letzte, was die Union braucht, ist die mehr oder weniger erzwungene Annäherung von Millionen Menschen, die sich partout in die entgegengesetzte Richtung orientieren wollen.

Wenn also auch der russophile Osten der Ukraine mehrheitlich sein Glück in

Eine Betrachtung von Joerg Helge Wagner

Russland suchen will, sollte man ihn ziehen lassen. So braucht man schon die alten Industrie- und Bergbaugebiete, die alle den Struktur-

wandel noch vor sich haben, nicht zu alimentieren – darum darf sich dann Zar Putin kümmern.

Eine Volksabstimmung darüber, ob Regionen Bestandteile eines Staates bleiben wollen, wäre keinesfalls ein Tabubruch. Das Saarland ist so 1955/56 vom französischen Protektorat zum deutschen Bundesland geworden. Tschechien und die Slowakei lösten 1992/93 zwar ohne Referendum, aber mit demokratischem Parlamentsbeschluss schieflich-friedlich ihre Staatengemeinschaft. Und Schottland könnte am 18. September per Volksentscheid das Vereinigte Königreich verlassen.

Staatliche Einheit um jeden Preis? Die Geschichte Europas lehrt uns, dass dieser Preis oft viel zu hoch war. Nämlich immer dann, wenn die Frustration über verweigerte Autonomie in Terror oder Krieg mündete. Für die Ukraine wird ihn keiner mehr zahlen wollen – am wenigsten die Ukrainer selbst.